nommen haben. Z. B. den hervorragenden Berliner Juristen Eduard Gans, sowie Varnhagen von Ense, der ja in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts das kritische Berlin in sich hervorragend verkörperte. Polen wurde damals von dem Strom der ganzen geistigen Bewegung Deutschlands mitgetragen.

In Berlin versammelten sich die Polenfreunde täglich in der Konditorei von Stähelin hinter dem Schauspielhause. An der Polenfreundschaft sproßte das zarte Reis einer liberalen Oppositionspartei in die Höhe. Sie stand in scharfem Gegensatz zu dem russisch gesinnten Adelskasino am Pariser Platz.

3. Grössere Freiheit unter Friedrich Wilhelm IV.

Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. änderte sich der politische Kurs. Alle jungen hoffnungsfreudigen Elemente erwarteten, daß, nachdem der alte König versagt hatte, der junge einen großen Teil der Hoffnungen des jungen Deutschlands erfüllen werde. Ein neuer Frühling begann zu keimen. Der Liberalismus erstarkte. Er knüpfte an das Jahr 1813 an, wo man gehofft hatte, man würde sich nicht nur von der Herrschaft der Franzosen, sondern auch der des Adels und der Reaktion befreien.

Auch die Polen erwarteten bessere Zeiten. Nicht ohne Erfolg. Schon im nächsten Jahre wurde v. Flottwell abberufen, und manche seiner Neuerungen sanken mit ihm dahin, sogar auch einzelne Grundsätze von 1817. Seit 1817 z. B. mußten alle Zivilprozesse in der Sprache des Klägers geführt werden; aber falls dieser beider Sprachen gleich mächtig sei, in der Deutschen. Von jetzt an aber sollten alle Zivilprozesse nur in der Sprache des Klägers geführt werden. Diese Maßregel zwang die Richter polnisch zu lernen. Ebenso mußten die Bezirkskommissare und andere Behörden ihren Akten und Verfügungen polnische Uebersetzungen hinzufügen. Weil man somit zweisprachige Beamte brauchte, setzte man für deutsche Beamte, die polnisch lernten, Belohnungen aus. Leider scheint mit diesen Belohnungen aber nicht viel

ausgerichtet worden zu sein. Denn die Zweisprachigkeit ist, soweit man sehen kann, damals ebensowenig wie später üblich geworden. Die Deutschen haben sich viel zu viel in der Kultur überlegen gefühlt und geglaubt, sie hätten die polnische Sprache nicht nötig, während doch jedes Können, also auch die Zweisprachigkeit, kulturfördernd ist. Die Deutschen waren zuletzt als Handwerker und Kaufleute gegen die Polen durchaus im Nachteil, weil sie kein Polnisch verstanden.

Mit dem Jahre 1841 begannen die Provinziallandtage ihre jährlichen Sitzungen wieder. Sie sollten das politische Interesse auffangen und zur Betätigung gelangen lassen. Auch der Landtag in Posen stellte seine Segel sogleich in den kräftigen Wind ein. Er verlangte die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Posen, ferner mehrere Gymnasien mit vorherrschender polnischer Unterrichtssprache sowie die polnische Schulsprache in den Ortschaften, wo die Polen überwogen. Man drängte auf Beseitigung der Distriktskommissare und die Wiederherstellung der alten Landratsverfassung. Die polnischen Güter, welche zum Verkauf kamen, sollten nicht nur an Deutsche, sondern auch an Polen von der Regierung weiterverkauft und unter Umständen aufgeteilt werden. Man ersuchte die Regierung endlich, sie möchte den polnischen Offizieren, welche an dem letzten Aufstande teilgenommen hatten, ihre Pensionen wieder auszahlen. Wie gut das Verhältnis der Polen zu den Deutschen damals war, beweist die Tatsache, daß die Vertreter der deutschen Städte und Dörfer sich den verschiedenen Anträgen der Polen „aus Rücksichten der Billigkeit" anschlossen.

Der König stand zwar im allgemeinen im Ruf der Polenfreundlichkeit. Aber er lehnte die Anträge doch recht ungnädig ab und verlangte, die Polen sollten sich vorerst einmal „der Gnade würdig erweisen". Worin das bestehen sollte, blieb aber dunkel. Die liberale Presse, so sagt Treitschke, wollte gar nicht begreifen, warum „der freisinnige König die freisinnigen Polen so hart anließ". Ein kleines Angebinde überreichte ihnen indes der König als nachträgliches Throngeschenk: Bei dem staatlichen Güterhandel sollten die Polen berücksichtigt werden. Die Hauptsache war:

Herr v. Flottwell wurde entlassen und die Regierung zog mildere Seiten auf.

Von den Hakatisten und anderen Politikern wird gewöhnlich das mehrfache Verschieben der Gleisstellung in der Polenpolitik als besonders verhängnisvoll geschildert. Wenn man bei einem System geblieben wäre, so sagt man, hätte auf jeden Fall mehr Segen auf dem Bestellen der Aecker geruht. Doch ist der Wechsel allein nicht der Popanz, auf dem man herumschlagen soll. Denn es ist immer noch besser, man kehrt von einem Irrwege noch leidlich rechtzeitig um, als daß man den Wagen ganz auf Abwege führt. Der Fehler liegt im falschen Einschlagen des Weges und in der mangelhaften psychologischen Vertiefung in die gegebenen Verhältnisse.

Im Jahre 1841 ging der Graf Arnim-Boitzenburg nach Posen. Er erfreute sich einer sehr liebenswürdigen Gattin, die gesellschaftliche Talente besaß. Zu ihr sagte der König, sie solle ihm die Herzen der Polen gewinnen. Als Ziel gab der König dem neuen Oberpräsidenten mit auf den Weg: Man dürfe die Germanisierung nicht aus den Augen verlieren, obwohl man die Polen schonen und nur edle Mittel anwenden dürfe. Das war freilich ein Schuß in nationalistische Ziele. Aber die Polen dachten nicht weiter daran, die klare Aufstellung der deutschen Fahne übel zu nehmen. Fürst Sulkowski selbst gestand zu, daß das für Preußen wesentliche Deutschtum auch im Großherzogtum Posen der Träger aller Kultur sei. Die Regierung bestimmte demnach, das Deutsche sollte unter Vermeidung jeden Zwanges doch Staatssprache bleiben und in allen Schulen nach Bedarf als Haupt- oder Nebensprache gelehrt werden. Der König fügte dann noch die Mahnung hinzu: „Jeden Anschein einer versuchten Beschränkung oder Beeinträchtigung des polnischen Elements durch das Deutsche zu vermeiden." Er empfahl dem Oberpräsidenten das löbliche Beispiel der Franzosen im Elsaß. So geschehen im Jahre 1841.

Der Oberpräsident fand indes die Aufgabe, die ihm gestellt war, schwieriger als er vermutet hatte. Er berichtete

am 14. August nach Berlin: „Die Scheidewand zwischen Deutschen und Polen scheint doch weit schroffer zu sein, als ich mir gedacht hatte." Er konnte die Leistungsfähigkeit seiner Regierungskutsche in Posen nicht gerade lange abwarten; denn schon im nächsten Jahr war er — Minister.

Aber die Verhältnisse zwischen Polen und Deutschen besserten sich. Im nächsten Jahre war der König einige Tage in Posen, wo die Polen sich leidlich zufriedengestellt zeigten und dem König große Huldigungen darbrachten.

Im übrigen wurden leider auch weiterhin die Polen kleinlich bevormundet, wie das ja auch im vormärzlichen Kurse lag. Die Zensur beispielsweise war sehr streng und ließ freiere Regungen bei den Polen nicht aufkommen. Noch ängstlicher freilich war man bemüht, zu zeigen, daß man in Preußisch-Polen gegenüber dem russischen Teile nicht allzu weit vorauseilen wollte. Statt daß man im Gegenteil stolz darauf gewesen wäre, die preußischen Landesteile Polens den russischen gegenüber kilometerweit voranzubringen, zog man ängstlich die Fühler ein, um, was man gar nicht verbergen wollte, jeden Anschein zu vermeiden, als könne ein Vergleich der preußischen Regierung mit der russischen stark zu unseren Gunsten ausfallen.

1844 schrieb z. B. die Posener Zeitung: „Die russischen Verordnungen wegen der ohne Paß die Grenze überschreitenden Untertanen haben doch das Gute, daß hier vielen die Augen geöffnet werden und man mit größerer Klarheit einsieht, welche Haltung man diesem Staate gegenüber einnehmen müsse. Durch eine entschiedene Stellung in bezug auf diesen das deutsche Gefühl abstoßenden Staat kann Preußen und Deutschland nur gewinnen." Diese Worte atmeten nach dem Urteil des Ministers Grafen Arnim „eine Feindseligkeit, welche mit der nach gesetzlichen Vorschriften zu nehmenden Rücksicht darauf, daß durch die Presse in keiner Weise gegen die notwendige Beachtung der Verhältnisse gefehlt werden darf, auf denen der äußere Frieden des Staates beruht, nicht zu vereinbaren ist." Auch würde dadurch, daß das Verfahren Preußens im Gegensatz zu dem von Rußland eingeschlagenen als gebildet und gesittet bezeichnet werde, das letztere als ungebildet und ungesittet gekennzeichnet. Dergleichen dürften sich preußische Staatsangehörige, selbst polnische, nicht leisten.

In ähnlicher Weise rügte der Minister Graf Arnim folgende Stelle: „In den hiesigen Kreisen wird gegenwärtig vielfach über die angebliche Absicht Rußlands, Polen zu einer gänzlich russischen Provinz auch in bezug auf den Namen zu machen, gesprochen." Der Minister erklärte, diese Notiz sei aufregend und staatsgefährlich. Sofort verschärfte der Oberpräsident die Zensur.

Zweifellos sind die späteren Bülowschen Tastversuche mit ihrer Verfolgung der Schnorrer und Verschwörer nur recht schwache Nachwehen jenes vormärzlichen Ostwindes geblieben.

Die Polen hatten bis dahin noch keinen Mittelstand. Allerdings auf dem Lande hatte er unter der preußischen Herrschaft infolge der Bauernbefreiung, die man in den polnischen Landesteilen viel günstiger gestaltete als sonst, guten Anfang genommen. Auch in den Städten, wo bisher nur Deutsche und Juden den Mittelstand gebildet hatten, tauchten hie und da Polen als Handwerker und Kaufleute schüchtern, aber nicht ungeschickt auf. Die regierenden Kreise waren von dieser Erscheinung einigermaßen verblüfft. Denn das Aufkommen eines polnischen Mittelstandes war geeignet, die sehr schroffe Kluft zwischen den oberen und unteren Schichten unter den Polen zu überbrücken, was manchen Regierenden nicht angenehm war, aber den Deutschen das Leben sehr erleichterte.

So lebten sich die Polen im allgemeinen in den 40er Jahren mehr und mehr in die preußischen Verhältnisse ein. Nachdem das mit den Bauern zuerst geglückt war, schien auch der Adel dem Winde folgen zu wollen. Der Graf Eduard Racsynski, der Führer eines preußenfreundlichen Kreises, sagte: „Wären wir besser gebildet und reicher als die Deutschen, so wären wir die Herren in Posen."

Inzwischen zogen sich über dem polnischen Freistaat in Krakau, der den Polen noch geblieben war, neue Wetterwolken zusammen. 1835 bereits hatten die Aufteilungsmächte

auf einer Zusammenkunft in Teplitz beschlossen, den Krakauer Freistaat, den kümmerlichen Rest der alten polnischen Herrlichkeit, der allerdings mit seinen 22 Quadratmeilen ein sehr unvollkommenes Gebilde war, „als Revolutionsherd erst zu beruhigen" und dann zu vernichten. Dabei war er nicht nur durch Artikel 6 der Wiener Kongreßakte geschaffen worden, sondern sogar mit Zustimmung aller europäischen Mächte. Sogleich wurde im Frühjahr 1836 Krakau von den Oesterreichern besetzt. Im Sommer 1842 fragte der Minister Metternich bei den Teilungsmächten an, ob man auf den Vertrag von 35 zurückkommen und Krakau wenigstens in das gemeinsame Zollgebiet aufnehmen könnte. Friedrich Wilhelm IV. wollte erst gar nicht glauben, daß, wie Treitschke sich ausdrückt, ein so schändlicher Vertrag geschlossen sei. Er forderte, daß der Vertrag für immer vergessen und Krakaus Unabhängigkeit gewissenhaft geachtet werden sollte.

Aber Rußland ruhte nicht. 1843 im Oktober kam der Zar Nikolaus durch Posen und verbreitete das Gerücht, daß auf ihn ein Flintenschuß abgegeben worden sei. Die ängstliche Phantasie hatte dem Zaren wohl einen üblen Streich gespielt. Aber er verstand, aus seiner Phantasie noch politisches Kapital zu schlagen. Es kam hinzu, daß in dem unterworfenen Lande sich sehr leicht irgendwelcher Zündstoff aufhäufte, zumal von Paris aus fortwährend geschürt wurde.

Hier in Paris war seit 1831 von der sogenannten Emigration in gewissem Sinne das Zentrum der polnischen Kultur und Politik aufgerichtet worden. Die großen polnischen Dichter Adam Mickiewicz, Julius Slowacki, Siegmund Krasinski u. a. wirkten hier. Hier wurde unter dem Fürsten Adam Czatorski die Gesellschaft der Freunde Polens gegründet, die mit der verwandten Londoner in engen Beziehungen stand. Diplomatisch wurde im Hotel Lambert für die Wiederaufrichtung Polens von den Konservativen gearbeitet. Die Demokraten hatten ihre demokratische Gesellschaft, von der aus sie die Welt demokratisieren und die Befreiung der Völker von aller Unterjochung und jeglicher Art ungerechten Zwanges durchsetzen wollten. Als ihr Führer schleuderte Joachim Lelewel seine politischen Losungen in

die Welt. Mit den deutschen Demokraten stand er auf du und du. Das Hambacher Demokratenfest begrüßte er 1831 mit folgendem freundlichen Schreiben: „Fürwahr, groß und erhaben, und edel ist das Ziel, zu dessen Beratung und Erlangung ihr die Mittel habt, eine dieser Hoffnung geweihte Feierlichkeit zu veranstalten. Zu dessen Erreichung, zur Erlangung gemeinsamen Glückes und Wohlergehens eurer Nation, zur Befestigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit, zum Sprengen des inneren und äußeren Joches der Bedrückung, bleibt euch nur ein Weg: Die politische Einigung Deutschlands, welche durch Vereinigung aller Bundesstämme der großen Nation in einem Körper verwirklicht werden soll." In einem anderen Schreiben an die Deutschen betonte Lelewel die Notwendigkeit der Abgrenzung Deutschlands von Rußland durch ein demokratisches Polen. In Paris gründete auch Marcinskowski seine Erziehungsanstalt für junge Polen, die recht einflußreich werden sollte.